

Medien und „Wende“ in der DDR

Kaum ein Ereignis zwingt die Historiker dazu, den Medien im Geschichtsprozeß größere Aufmerksamkeit zu zollen als der dramatische Wandlungsprozeß in Osteuropa. Die Medien haben den Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ nicht vollzogen. Aber ohne sie wäre vieles nicht oder anders verlaufen. Namentlich die „Wende“ in der DDR entzöge sich jeder überzeugenden Erklärung ohne eingehende Analyse des Medienanteils daran. Ihr Verlauf, ihre überraschenden Wendungen, die Schnelligkeit der Ereignisse und ihre schließlichen Resultate wurden wesentlich über die Medien bestimmt, mehr als von den Aktivisten der Wende selbst. Zum Anteil der jeweiligen Medien, insbesondere des Hörfunks der DDR oder des Deutschen Fernsehfunks (bzw. Fernsehen der DDR) an der Wende gibt es mittlerweile detaillierte Studien.¹ Ich möchte aus einer generelleren Perspektive einigen Zusammenhängen zwischen Medien und „Wende“ in der DDR skizzenhaft nachgehen. Mit „Wende“ ist hier im engeren Sinne die Zeit zwischen Spätsommer 1989 und ersten freien Wahlen im März 1990 gemeint, die Zeit der Auflösung der alten Ordnung bis zur allgemeinen Akzeptanz von „sozialer Marktwirtschaft“ und „Deutschland einig Vaterland“ als Grundwerte des sich daran anschließenden eigentlichen Transformationsprozesses.

Der Medieneinfluß auf Geschichte ist nicht neu, gerade in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche. Interessengruppen verschiedenster sozialer Besitzstände schließen sich in großen Bewegungen zusammen, die ansonsten sozial ausdifferenziert, relativ beziehungslos oder gegeneinander agieren. Der gemeinsame Wille zur Veränderung in einer Situation, in der nichts mehr so weitergehen kann wie bisher, schafft Konsensfähigkeit und öffentliche Akzeptanz der Erneuerungsbewegungen. Aber weder die Bewegung selbst noch ihre öffentliche Akzeptanz stellen sich ohne publizistische Aktivitäten her, sie konstituieren sich über massenmedial vermittelte Kommunikation. Erst sie sichert einzelnen, räumlich-zeitlich weit gefächerten Aktionen im engen Rahmen interpersoneller Kommunikation den Status übergreifender politischer Bewegungen von subversiver Durchschlagskraft.

Das dürfte allgemein für gesellschaftliche Umbrüche seit der Moderne gelten. Mit der Dominanz der elektronischen, vor allem der audiovisuellen Medien, mit der flächendeckenden Verbreitung entsprechender Sende- und Empfangstechnik und den heutigen Hör- und Fernsehgewohnheiten kommt ein neues Moment hinzu. Die Medien übernehmen einen Part, der im vorelektronischen Medienzeitalter nur von gut besetzten Stäben und Institutionen einer starken Erneuerungsbewegung ausgefüllt werden konnte. Die Medien selbst werden zu den wichtigsten Faktoren des Umbruchs. Das unterscheidet z.B. die Situation von 1953 in der DDR von der des Jahres 1989, bei aller Bedeutung, die damals schon dem West-Rundfunk zukam.

Für den Zusammenbruch der DDR war das Fehlen solcher Stäbe und Institutionen großer Bewegungen geradezu typisch. Dank der „ganzen Arbeit“ der Staatssicherheit vermochten sich größere, geschlossene Oppositionsbewegungen gar nicht erst zu entfalten. Die systemkritische Opposition befand sich im Zirkelstadium, zersplittert in viele kleine Gruppen. Erst über die elektronischen Medien des Westens (später auch der DDR) erhielten an sich

bescheidene, aber respektgebietende Aktionen des Widerstandes einer geringen Personenzahl (jedenfalls vor dem Oktober 1989) system-destabilisierende Ausmaße und lösten immer größere Protestkundgebungen aus. Über die Medien konstitutierte sich faktisch eine übergreifende Bewegung, lange bevor die neuen politischen Kräfte von sich aus zu koordinierenden Aktionen größeren Stils fähig gewesen wären. Man könnte vom „Mediensuggerat sozialer Bewegungen“, sprechen, zumindest von einer *Generatorrolle* in der Formierung solcher Bewegungen.²

Das enge Zusammenspiel von Medien und Bürgerbewegungen gehört in der modernen Gesellschaft mittlerweile zum festen Repertoire, mit dem sich oppositionelle Minderheiten wirksam Gehör zu verschaffen wissen. Ihre nominelle Schwäche als parlamentarisch wenig oder gar nicht präsentierte Minderheiten gleichen sie durch einen medienwirksamen Zusehrtritt ihres Auftretens aus.³ Doch derart weitreichende Wirkungen als Initialzündung für den Zusammenbruch eines scheinbar fest gefügten Systems sind neu. Sie lassen sich nur vor dem spezifischen DDR-Hintergrund im Zusammenhang mit bemerkenswerten Veränderungen im Verhältnis der Medien zur Wirklichkeit erklären. Ich möchte das an vier Umständen erläutern.

Erstens steigerte sich in den achtziger Jahren der Druck ungelöster Probleme, den eine inkompetente und realitätsferne Partei- und Staatsführung zu verantworten hatte, ins Unerträgliche. Nichts ging mehr. Stagnation bildete die Grundbedingung der Noch-Existenz der DDR um den Preis implodierender Strukturen, steigender Flüchtlingszahlen und wachsender Unzufriedenheit bis tief in die SED hinein. Mit der Unzufriedenheit wuchs die Sympathie für die sowjetische Umgestaltung und die Gewißheit, daß unter Gorbatschow keine sowjetische Invasion zugunsten der vengreisten Führung zu erwarten war.

Der Zusammenbruch der DDR hatte seine Hauptursache in der Kontraproduktivität der SED-Führung und nicht in einer starken Opposition. Jene Kontraproduktivität eröffnete überhaupt erst die system-destabilisierenden Spielräume für relativ kleine, medienverstärkte Protestbewegungen. Dazu kommt eine in ihrer Bedeutung oft unterschätzte Besonderheit im Bereich der politischen Kommunikation der DDR seit Beginn der siebziger Jahre. Ausgangspunkt dafür war die Reaktion der SED-Führung unter Honecker auf die Prager Reformbewegung von 1967/68. Die Reformbewegung in der CSSR gewann im Zusammenhang mit dem Bau der Mauer von 1961 für die DDR besondere Brisanz. Noch 1961 wurde der Mauerbau von vielen, die sich zur politischen Klasse der DDR bekannten, zwar nicht unbedingt begrüßt, aber doch toleriert. Dazu motivierten nicht nur die immer wieder aufgerechneten volkswirtschaftlichen Verluste der DDR aus der offenen Grenze, sondern auch die Hoffnung auf eine nunmehr ungestörtere Entfaltung des Sozialismus auf seinen eigenen gesetzmäßigen Grundlagen.

1968 fanden sich solche Erwartungen angesichts ausbleibender Demokratisierung der Gesellschaft und wenig durchschlagender ökonomischer Erfolge zunehmend enttäuscht. Der „Prager Frühling“ wurde in den Augen vieler eine neue Hoffnung, der Ausweg aus einer sich abzeichnenden Sackgasse. Nach seiner Niederschlagung mußte die SED-Führung reagieren. Sie tat dies mit der Formel: viele kleine Reformen, um die eine große zu verhindern, die als das Ende der poststalinistischen Ära begriffen wurde.

Eine der wichtigsten, vom VIII. Parteitag der SED eingeleiteten Neuerungen war die mit dem Namen Werner Lamberz verbundene neue Offenheit im Aussprechen und Diskutieren von Problemen der eigenen Entwicklung. Über alles, was die Menschen bedrückte, müsse

offen gesprochen werden. Wenn es die Partei nicht tue, nähme sich der Klassengegner auf seine Weise der offenen Probleme und kritischen Fragen an.⁴ Wie viele solcher an sich durchaus hoffnungsvolle kleinere Reformansätze blieb auch diese „Frühglasnost“ im zögerlichen Apparat stecken und mußte spätestens Mitte der siebziger Jahre (Ausweisung Wolf Biermanns/Hausarrest für Robert Havemann) zurückgenommen werden. Mit Joachim Herrmann für den tödlich verunglückten Werner Lamberz auf der Position des Ideologiesekretärs gab es auch einen personellen Schlußstrich dazu. Die kurze „Tauwetterperiode“ nach dem VIII. Parteitag hatte die kritische Intelligenz ermuntert, die damit immer mehr in Widerspruch zu der längst im Partei- und Staatsapparat verfestigten politischen Kultur des „Brežnevtypus“ geriet.⁵ Wirklich offenen und kritischen Diskursen vermochte sich dieser Apparat nicht zu stellen. Dafür war er nach seinen Funktionsprinzipien und internen Selektionskriterien nicht fähig. Wo Disziplin und Treue zur Partei unabdingbare Karrieregrundlagen bildeten, fand sich für intellektuelle Beweglichkeit, Originalität und Überzeugungsfähigkeit wenig oder nur verschämt Platz, am wenigsten in den jeweils ersten Rängen der verschiedenen Leitungsebenen. Was intern nicht ausreichend gepflegt wird, vermag auch nicht nach außen vertreten zu werden. Dennoch - diese Offenheit konnte nie mehr ganz zurückgenommen werden, dazu war Helsinki 1975 zu nahe - durfte die kritische Intelligenz nicht gänzlich vor den Kopf gestoßen werden, und viele Probleme waren zu offensichtlich, als daß man sie verschweigen konnte. Die Offenheit ließ sich zwar in den Medien, v.a. in den Zeitungen und im Fernsehen, zurücknehmen, unterhalb dieser Medienschwelle aber nicht, jedenfalls nicht nach Belieben. Die Folge war eine Aufspaltung der Öffentlichkeit. Die Medien avancierten zu Generalanzeigern des Politbüros, unterhalb der Medienschwelle erhielten sich Freiräume kritischer Diskussion, die sich seit Gorbačov erweiterten.

Das Ganze gewann, wenn wir einmal davon abssehen, daß Geistig-Kommunikatives stets Teil des tatsächlichen gesellschaftlichen Lebensprozesses ist, Ähnlichkeiten mit einem Drei-Welten-Szenarium. Oberhalb der Welt 1, dem tatsächlichen Geschehen, differenzierte sich der Bereich der politischen Kommunikation in zwei Welten: die der auf bestimmte institutionelle Rahmenbedingungen begrenzten interpersonellen Kommunikation als Welt 2 mit Freiräumen für Offenheit und kritisches Auftreten, und die der Mediendarstellung der Wirklichkeit als Welt 3.

Welt 2 entsprach den alltäglichen Erfahrungen von der immer problematischeren gesellschaftlichen Wirklichkeit der DDR. Welt 3 mit ihrer Realitätsferne⁶ stand zur Welt 1 in einem immer deutlicher nachvollziehbaren Widerspruch.

Diese „Schizophrenie“ des politisch-geistigen Lebens hielt bis zum Ende der DDR an. Obwohl die verfehlte Informations- und Medienpolitik der SED jahrelang das interne Diskussionsthema Nr. 1 in der DDR bildete, löste dieser Widerspruch zwischen Welt 2 und Welt 3 weniger Massenprotest aus. Er wurde eher zum Bestandteil des Implosionsmechanismus, mit dafür verantwortlich, daß wirkliche Reformen mißlingen und statt dessen Stagnation zur Grundvoraussetzung des Untergangs wurde. Die Gründe dafür sind vielfältig. Zunächst war die Aufspaltung politischer Kommunikation ein Fortschritt. Die für dieses System als letzte ideologische Legitimierung notwendigen Formeln z.B. von der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei fanden in den Medien einen Platz abseits alltäglicher Kommunikation. Der politische Diskurs in seiner interpersonellen Unmittelbarkeit war davon frei. Das bedeutete viel nach den Erfahrungen der fünfziger und sechziger Jahre.

Der fehlende Wirklichkeitsbezug solcher ideologischer Verbalien erzeugte in der Abseitigkeit so gestalteter Medien auch weniger Widerspruch und entzog sich gleichsam der Auseinandersetzung. Der routinierte Zeitungsleser nahm sie in seinen Selektionsmustern der Nachrichtenwürdigkeit kaum wahr, im Unterschied zur Außenperspektive des Westens, aus der sie sich, in einem gänzlich anderen Kontext, wohl eher als besonders frustrierend abhoben. Die Einschaltquote der Aktuellen Kamera (stets um fünf Prozent geschätzt) sorgte dafür, daß die realitätsfernen Botschaften nur wenige Gemüter erhitzen. Paradoxe Weise sorgte so die niedrige Einschaltquote der „AK“ kurz- und mittelfristig für mehr Systemstabilität, freilich um den Preis der Stagnation, als eine von der Führung sicher lieber gesehene, weil in ihrer ideologischen Wirkung völlig überschätzte höhere Quote.

Ferner ließ sich mit dieser Offenheitsdifferenz gut leben. Das war schnell zu lernen. Rockgruppen der DDR genügte es, einmal im Jahr, etwa bei „Rock für den Frieden“, vor den Kameras des Fernsehens ein öffentliches Statement für die Friedenspolitik der SED abzugeben, um danach das ganze Jahr über „Ruhe zu haben“, relativ ungestört arbeiten zu können mit diesen und jenen Vergünstigungen vielleicht. Moralische Verrenkungen forderte dieses Thema, Friedenspolitik, gewiß nicht.

In den Medien abgegebene Zustimmung zur Wissenschaftspolitik der SED sicherte Wissenschaftlern bestimmte Freiheiten oder zusätzliche Mittel im alltäglichen Wissenschaftsbetrieb. Damit verbundene Erfolge (manche wissenschaftliche Spitzenleistungen, die durchaus interessante Rockszene in der DDR) konnte die Partei „dank ihrer klugen Führung“ verbuchen. Sie bezog aus dem Interesse, die kleinen Freiheiten der Welt 2 zu bewahren, ihre verbale Legitimation. Man kann das Interessensgleich in einem System nennen, dessen Ende damals kaum jemand für möglich hielt. Besonders die Intelligenz wurde auf diese Weise wirksam an ein Spielregelsystem gebunden, in dem für die alltägliche Arbeit wichtige kleine Freiheiten stabilisiert und ausgebaut werden konnten, freilich unter Verzicht auf große und grundsätzliche Anfragen. Der Widersinn der Welt 3 wurde um der Freiheiten von Welt 2 willen letztlich toleriert. Grundsätzliche Systemkritik, auch die an der offiziellen Informations- und Medienpolitik, wurde verdrängt, nicht bis zur letzten Konsequenz getrieben oder nicht im größten öffentlichen Kreis formuliert. Wer dies dennoch tat, ohne den Öffentlichkeitschutz, den beispielsweise viele Schriftsteller der DDR über ihre Westveröffentlichungen genossen, verletzte empfindlich die Interessenssphäre der Nomenklatura, riskierte belastende Auseinandersetzungen oder berufsverbotähnliche Restriktionen.⁷

Daraus erklärt sich auch, daß zwar die Freiräume für Kritik eher größer statt kleiner wurden, aber die Loyalität zum System grundsätzlich nicht in Frage stand. Kritisches Potential verlor sich so in den engen Horizonten einer fraktionierten Öffentlichkeit. Der Ausfall des DDR-Mediensystems zur öffentlichen Verständigung über notwendigen Reformbedarf im Gesamtmaßstab der Gesellschaft absorbierte das vorhandene systemkritische Potential. Er erzeugte gleichsam eine Vielzahl von „Monaden“ bzw. „Nischen“, ohne die Fähigkeit, eine Logistik des kritischen Ganzen zu bilden. Eine Erneuerung von innen heraus kam damit nicht zustande oder doch entscheidend zu spät. Auch das trug zum „Zerfall“ des Systems von innen heraus bei.

Das Defizit der Monadengesellschaft bereitete dem Zusammenspiel von Bürgerbewegungen und (West-)Medien ideal den Boden. Einmal Unzufriedenheit im öffentlichen Raum der Gesellschaft demonstriert, ohne daß die Berichterstattung darüber unterbunden werden

konnte, kam vor dem Hintergrund der Implosionslogik der kontraproduktiven Partei- und Staatspolitik gleichsam eine Kettenreaktion in Gang. Die Medien vermochten binnen kürzester Zeit ihre Generatorrolle der „Revolution“ auszuspielen und holten nach, was im Strukturdefizit der fraktionierten Öffentlichkeit im Ansatz stecken bleiben mußte.

Das verweist schon auf die Doppelherrschaft zwischen Medien Ost und Medien West im Hörfunk- und Fernsehbereich als einen *zweiten* wesentlichen Hintergrund für die Schlüsselstellung der Medien in der Wende. Die grenzüberschreitenden Wirkungen des Westfernsehens im gemeinsamen deutschen Sprachraum wuchsen technisch und, seit der KSZE-Konferenz von Helsinki 1975, auch politisch unaufhaltsam. Auf diese Herausforderung vermochte die SED-Führung, vom Innenrizzo unter W. Lamberz einmal abgesehen, nie überzeugend zu reagieren. Unter ihren „konzeptiven Ideologien“ (mit Marx gesprochen) konnte sich der Gedanke nicht durchsetzen, daß im konfrontierten Sozialismus journalistisch nicht aufgehen kann, was unter der Voraussetzung eines politisch und auch ideologisch starken Sozialismus konzipiert worden war.⁸ Auch die idealsten Ziele eines sozialistischen Journalismus hätten sich bei der gewaltigen technischen wie politischen Medienkonkurrenz nicht realisieren lassen, wenn sie nicht an die Vermittlung von Informationen und Nachrichten von öffentlicher Relevanz gekoppelt wären. Mit dem systematischen Problem- und Informationsentzug war dauerhafter ideologischer Einfluß nicht zu sichern. Im Gegenteil: die hohe Problemabsistenz der DDR-Medien sicherte denen des Westens eine zusätzliche Autorität (gelegentlich schon wieder eine naive Glaubwürdigkeit, die im Westen selbst kaum zu erzielen wäre), und damit den Bürgerbewegungen eine enorme Medienverstärkung ihres Auftretens.

Diese Partnerschaft zwischen Westmedien und Bürgerrechtlern war aber zu ungleich, als daß sie längeren Bestand haben konnte. Wenig organisierten Bürgerrechtlern in Bewegungen embryonalen Zustands stand mit den bundesrepublikanischen Medien ein riesiges, ausgereiztes System gegenüber; Spontaneität, Flüchtigkeit, lockere Organisation und Unerfahrenheit auf der einen, journalistisches Establishment und institutionelle Übermacht auf der anderen Seite. Das erklärt den rasanten Anstieg der Popularität von Neuem Forum, Demokratie jetzt, Demokratischem Aufbruch, SDP (vor ihrer Verschmelzung mit der SPD) und anderer und den ebenso rasanten Verfall dieser Popularität in wenigen Monaten. Als die Aktivisten des Umbruchs standen sie mit ihren unerhörten, mutigen Aktionen im Mittelpunkt der Medien, von diesen hofiert und politisch stark gemacht. So wie ihr Auftreten aber an Spektakulärem verlor, so wie sich das öffentliche Interesse mit den ersten anstehenden freien Wahlen vom Protest gegen das alte auf die künftige Gestaltung der Gesellschaft verlagerte, „soziale Marktwirtschaft“ und „Einig Vaterland“ die Richtung dieser Entwicklung anzeigten, setzten sich andere politische Kräfte durch. Für sie war ein anderes Verhältnis zu den Medien typisch: unspektakulär, professionell, stark mit diesen personell und strukturell vernetzt. Ab diesem Punkt zeigte die Expansionsstrategie der bundesdeutschen Altparteien in der Noch-DDR Erfolg. Die Bürgerbewegung gerückten in der Medienperspektive in eine Randlage, versehen mit einem Flair von „Veteranen der Revolution“. Das Vakuum, das sie in den Medien hinterließen, wurde übermächtig von Kräften besetzt, die mit westdeutschen Altparteien kooperierten. Die Phase der „Revolution“ ist endgültig vorbei. Die entscheidenden Impulse für Ostdeutschland gehen nun von den Altbundesländern aus, mit allen Gefahren politischer Koloniebildung.

Der in der Wende demonstrierten Macht der Medien liegt *drittens* ein viel diskutiertes⁹ Verhältnis von Medien und Wirklichkeit und eine neue „Macht der Bilder“ zugrunde. Im modernen Medienzeitalter haben sich die Medien längst aus der Rolle eines nur Berichterstatters über Wirklichkeit verabschiedet. Die technische Entwicklung hat ihre Möglichkeiten erweitert. Im traditionellen Verständnis sind journalistische Medien Spiegel wirklichen Geschehens. Nachrichtenmedien, das hieß sich nach den Ereignissen richten, darüber informieren, der Wirklichkeit zu folgen, ihren „Vorgaben“ nachzugehen. Die Spiegelbildlogik des klassischen Journalismus setzte das Primat des Ereignisses gegenüber der Nachricht voraus. Aber schon im traditionellen Rahmen wurden Medien z.B. zu Quellen oder Mittlern sich selbst erfüllender Voraussagen: Ihre Voraussagen kehrten sozusagen das Verhältnis von Wirklichkeit und Nachricht um, letztere wurden zur Voraussetzung einer Wirklichkeit, die vormem nicht bestand.¹⁰

Mit den neuen technischen Entwicklungen sind die Möglichkeiten der Medien, Wirklichkeit zu „inszenieren“, Quasiwirklichkeiten zu schaffen, politisches Geschehen noch im Entstehen auf eine bestimmte Entscheidungslogik zu drängen, enorm gewachsen. Selbst Ereignisse ohne ursprüngliche Medienbeteiligung werden in einem bestimmten Sinne erst „wirklich“ und geschichtsbildend, wenn sich die modernen Medien ihrer angenommen haben. Sie machen aus einem ursprünglich lokalen Ereignis eines der Öffentlichkeit, aus einer Provinzposse, wenn es sein muß, eine Weltangelegenheit. Sie erweitern den Kreis der davon Informierten, machen aus ihnen Zuschauer, die über die medialen Fenster der Welt „dabei waren“. Ursprünglich Unbeteiligte geraten mit dem Ereignis in Berührung. Lokales wird zum Öffentlichen. Die Medien geben ihm Konsequenzen, die in der Ursprünglichkeit und Lokalität des Ereignisses gar nicht angelegt waren. Sie „schaffen“ damit nicht die Wirklichkeit bestimmter Ereignisse, sondern geben diesen eine andere Qualität, machen daraus eine Wirklichkeit neuen Zuschnitts.¹¹ Etwas Tatsächliches, mag dessen allgemeine Relevanz in einem objektiven Sinne auch noch so hoch sein, gilt als Tatsächliches doch nur in den Augen derer, die davon wissen, ja die wissen, daß davon auch die Öffentlichkeit weiß. Der Zuwachs an politischer Relevanz ist dabei hoch. Nichts zwingt schließlich Politik mehr dazu, auf Ereignisse zu reagieren als die öffentliche Informiertheit darüber.

In dieser Macht der Medien widerspiegelt sich die dominierende Stellung des Fernsehens im gesamten Mediensystem. Im Fernsehbild mit seiner suggestiven Präsentation, seiner Beweglichkeit, seinem detaillierten Auflösungsvermögen und seiner Ton-Bild-Kombination werden Nachrichten über Ereignisse gleichsam sinnlich konkret wahrnehmbar, wenngleich ohne die Rückkopplungsmöglichkeiten von Wahrnehmungen zum eigenen Beteiligtsein am Geschehen. Die Suggestion des quasi „mit eigenen Augen sehen“ verdrängt den Bildcharakter des Gesehenen, die räumlich-zeitliche Distanz von Zuschauer und vermitteltem Ereignis, die Zeitgleichheit von Ereignis und Bildinformation der Live-Übertragung erzeugt ein Gefühl, Zeuge am Ort des Geschehens zu sein. Das Gespräch über das Gesehene während und nach der Sendung wirkt als quasi-kollektive Bestätigung dieser Zeugenschaft.

Die Produktion des Bildes, seine „Künstlichkeit“, ist zwar jedem Zuschauer schon rein technisch stets gegenwärtig, allein mit dem Bildschirm als Gegenüber. Wer aber warum die Kamera gerade worauf hält, wer über den Nachrichtenwert dieser Bilder in welchem Geflecht politischer, rechtlicher und wirtschaftlicher Interessen entscheidet, läßt sich den Bildern selbst nur sehr bedingt ablesen. Das gibt Wirklichkeits-„Inszenierungen“ weite Spielräume.

Ferner kommen mittlerweile immer mehr Menschen zu mehr Medienbildern von der Welt als zu Einsichten, die aus eigenem Erleben resultieren, und das oft vor jeglicher eigenen Erfahrung. Über viele Bereiche der Wirklichkeit sammelt sich ein gigantisches Vorwissen ohne Aussicht auf Korrektur aus unmittelbarer Erfahrung, wirklichem Dabei- und Dortsein. An der Macht dieses medial vermittelten Vorwissens bricht sich notwendig die eigene Anschauung der Wirklichkeit, sie wird davon gefiltert und beeinflusst. Im Wechselspiel von Medienbild einerseits, primärer Wahrnehmung und Erfahrung andererseits gerät ersteres nicht selten in die Rolle eines Urbildes, an dem sich tatsächliches Erleben zu bestätigen hat.

Die Vorstellungswelt der Mediengesellschaft tendiert in ihrer Doppelbödigkeit längst dazu, eigene Erfahrungen an den Medienbildern auszurichten, nicht umgekehrt. Solche Verkehungen bilden neue Weisen der Entfremdung von der Wirklichkeit. Es ist völlig klar, daß Ereignisse, über die die Medien berichten, ordinäre sinnliche Prozesse sind und die Bilder darüber auf technischen Konstrukten beruhen. Aber da Erfahrungen im sinnlichen Lebensprozeß als Kontrolleur und Korrekturinstanz entweder entwertet, bislang gar nicht gemacht worden sind oder in ihrem individuell-partiellen Wirklichkeitsbezug gegenüber der Totalität der Bilderflut verblassen, werden die Bilder „fetischisiert“. Der „Fetischcharakter der Bilder“ koppelt sich mit unausgesprochenen Vorstellungen, es genüge, das Fernsehbild zu löschen, um aus der Wirklichkeit auszusteigen, ihr gegenständliche Existenz abzusprechen. „Stell Dir vor, es ist Krieg, und der Fernseher geht kaputt“, „Sehen wir Golfkrieg oder Lindenstraße?“ waren bezeichnende Witzeleien, die in ihrer ‚Flapsigkeit‘ das „War-Games-Trauma“ des Golfkrieges gut einfingen. Jeder weiß, daß der Krieg nicht (nur) in den Medien stattfindet. Aber die suggestive Macht der Medienbilder erleichterte zumindest den Ausstieg aus eigener Verantwortung. Der Knopfdruck, der die Kriegsberichterstattung ausschaltete, wurde zur Ersatzhandlung des Protests.¹² Sollte der nächste Krieg endlich doch einmal ausfallen, wenn schon nicht als Sieg der Vernunft, so vielleicht wegen seiner abschbar schwachen Einschaltquote? Die List der Vernunft ist auch nichts mehr wert ohne die Medien...

Die Medien spielten in diesem Golfkrieg erstmals eine neue Rolle, doch diese Rolle selbst ist eben nicht neu. Die Aufwertung der Medienbilder, der Schein von eigener, unmittelbarer Augenzeugenschaft und sinnlich-konkreter Realität bildeten schon den allgemeinen Rahmen der „Medienrevolutionen“ in der DDR, CSSR, Rumänien und jüngst beim Moskauer Aufstand gegen den Staatsstreichversuch. Die Macht der audiovisuellen Bilder der Demonstrationen schlug auf diese zurück. Als Medienereignis gewannen sie ihre eigentliche Stärke. Jenseits der Kameras hätte es erheblich mehr an sozialer Energie und Dynamik bedurft, um vergleichbare politische Wirkungen zu erzielen. Die Fernseh-Bilder der Demonstrationen ordnete diesen nicht nur ein Vielfaches an politischem Stellenwert zu, so als wären sie ohne die Kameras fast nichts wert. Sie wirkten auch wie Verifikationen der Ereignisse, wie eine zusätzliche Bürgschaft für die Wahrheit dieser Botschaften. Die Medien hatten schließlich *viertens* wesentlichen Anteil an dem überwiegend friedlichen Charakter der Wende. Die Gewaltlosigkeit lag in der Logik der „Medienrevolutionen“. Die friedliche Ausschaltung des alten Machtapparates gehört zu den spezifischen Leistungen der Medien. Aber auch das gelang nur vor dem Hintergrund einer sehr widersprüchlichen Entwicklung der Staatssicherheit der DDR (für die es in den anderen ehemals sozialistischen Staaten offenbar Parallelen gab).

Seit Ende der siebziger Jahre wurde die Staatssicherheit auch rein quantitativ zum Kernbereich im System der Machterhaltung. Den Ausschlag dafür gab die ansichtslose Vorstellung der Partei- und Staatsspitze, der technologischen Herausforderung des Westens im Rahmen der alten (inneren) Sicherheitsdoktrin begegnen zu können. Für Wissenschaft und Technik sollten Innovation und Kreativität, kritisches Infragestellen des Erreichten und radikaler Angriff auf den Status quo gelten, bei gleichzeitiger Abkopplung des größten Teils der Intelligenz vom internationalen Forschungs- und Wissenschaftsprozess. In Politik und Gesellschaft galten die gleichen Verhaltensweisen jedoch als unerwünscht, obwohl gerade die gesellschaftlichen Restriktionen leicht als wesentliche Hindernisse wissenschaftlich-technischen Fortschritts auszumachen waren. Diese Verbindung von technischer Innovation und staatsbürgerlicher Bravheit konnte nicht lebensfähig sein, Innovation und Kreativität sind nicht teilbar. Da die Führungsspitze bei allem Ja zur wissenschaftlich-technischen Revolution grundsätzliche demokratische Reformen ablehnte, für die notwendige Öffnung zum Westen keine grundsätzliche Lösung ansah, sondern den Weg der persönlichen Einzelüberprüfung ging, mußte der interne Sicherheitsapparat expandieren. Sein steter Ausbau war folgerichtig.

Der Ausbau der Staatssicherheit widerspiegelte auch das gewachsene Mißtrauen gegenüber der politischen Basis des Systems. Von Andropovs erster Demontage Brežnev's bis zu Gorbachovs Perestroika gewann der Wunsch nach wirklicher Reform bis in die SED, bis in Kreise der Armee und Polizeiführung hinein an enormer Popularität. Die Staatssicherheit schien Honecker die einzige, wirklich verlässliche Stütze der Macht zu sein.

Ihre Expansion führte zu einer wichtigen Veränderung v.a. im Vergleich zu den sechziger und frühen siebziger Jahren. Nahm sie sich ehemals strikt aus der Öffentlichkeit heraus und agierte im Verborgenen, so war sie nun zumindest institutionell öffentlich präsent. Seit den ausgehenden siebziger Jahren wurden in allen Bezirksstädten und in Berlin an zentraler Stelle unüberschbare Gebäudekomplexe zur Demonstration ihrer Macht errichtet. Das verfehlte die erwarteten Wirkungen von Einschüchterung, Zurückhaltung und Angst vorerst nicht, obwohl entgegen der demonstrierten Stärke die öffentliche Präsenz von Institutionen der Staatssicherheit schon Ausdruck wachsender Hilflosigkeit und Schwäche des Systems war. Die bewußt aufgebaute Legende von der Macht entsprach schon nicht mehr dem wirklichen Status. So blieb es zwangsläufig nicht bei der institutionellen Öffentlichkeit. Wachsende Unzufriedenheit in allen Bereichen, Demonstrationen von Ausreisewilligen, später von den „Hierbleibern“ zwang immer mehr dazu, im Feld der Öffentlichkeit, also außerhalb konspirativer Schutzräume, nun auch zu reagieren. Wer die Transparente der Demonstranten vor den Kameras herunterriß, gab seine Identität preis und mußte nach einem möglichen politischen Wechsel Schlimmes befürchten. Eine Eskalation der Gewalt vor den Augen der Weltöffentlichkeit hätte nicht nur Gesichtsverlust bedeutet. Die Wirkungen dieser Gewalt wären, das war absehbar, außer Kontrolle geraten; mit unkalkulierbaren innen- wie außenpolitischen Folgen.

All das ließ den riesigen Staatssicherheitsapparat schließlich ins Leere laufen. Das ungleiche Duell zwischen dem Machtapparat und einigen hundert Demonstranten sah letztere siegreich, weil die Kameras die ganze Welt zum Augenzeugen des Geschehens machte. Die Drohgebärde fiel in sich zusammen, da ihr der Kontext genommen war, in dem sie Sinn machte: die von der Öffentlichkeit geschiedenen Räume verdeckter Aktion. Vor den Kameras mußte die Staatssicherheit als mittlerweile wichtigstes Machtorgan des alten Systems den Offenbarungseid leisten. Die Legende ihrer Stärke verflüchtigte sich, die Spielregeln ihres

Wirksamen hatten ihre Verbindlichkeit eingebüßt. Die Medien avancierten in dieser Wende nicht nur zum Generator und Suggestor von Massenbewegungen. Sie wurden zu einem spezifischen Mittel öffentlicher Gewalt gegen staatliches Gewaltmonopol in der gesellschaftlichen Ausnahme-situation revolutionärer Umbrüche, zum einzigen Mittel, um hochgezüchtete Sicherheitsapparate gewaltlos, schnell und effektiv zu demontieren. In der Welt der modernen Medien scheint das übliche gewaltsame Spiel von Aufstand und Konterrevolution als Geburtsort neuer sozialer Ordnungen ausgespielt zu sein. Ob das ein Phänomen der entwickelten Länder bleibt oder auch das riesige Spektrum der Dritten Welt einbezieht, ist abzuwarten. Kündigt sich da ein neuer Typus von Revolutionszyklus an, für den die Historiographie ihr theoretisches und methodisches Instrumentarium neu ordnen müßte? Viele schöne Fragen für ein IZR, das nun, Ironie des Schicksals(?), ein IZT geworden ist.

- 1 Vgl. Radio im Umbruch. Oktober 89 bis Oktober 90 im Rundfunk der DDR. Darstellungen, Chronik, Dokumentation, Presseresonanz, Funkhaus Berlin 1991; DDR-Fernsehen intern: von der Honecker-Ära bis „Deutschland einig Fernsehland“, Berlin 1990.
- 2 Die Moskauer Ereignisse im August 1991 um den gescheiterten Staatsstreich scheinen die These vom Mediensuggestor politischer Bewegungen zu bestätigen. Nach dem Augenzeugenbericht von Bärbel Bohley („Revolution ohne Revolutionäre“, Leipziger Volkszeitung vom 30.8.91, Beilage S. 3) blieb die Moskauer Bevölkerung von den Ereignissen ziemlich unberührt, erst die Bildausschnitte der Fernsehkameras produzierten das Faktum vom „Aufstand des russischen Volkes gegen die Putschisten“. Wie auch immer, indem die Medien noch so bescheidene Ausmaße sozialer Erhebungen als bildschirmfüllende Ereignisse der Weltöffentlichkeit präsentierten, lösten sie ganz wesentlich die Veränderungen in der Sowjetunion vom Zuschnitt einer „zweiten russischen Revolution“ aus. Rücken die Medien etwa in die Rolle des Zentrums, das Chaos-, Selbstorganisations- und Systemtheorie schon für verwaist oder gar für nicht existent erklärt hatten?
- 3 Vgl. J. Raschke, Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß, Frankfurt/New York 1988, S. 343ff.
- 4 Vgl. W. Lamberz, Die wachsende Rolle der sozialistischen Ideologie bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, Berlin 1972.
- 5 Leonid Brežnev sollte eigentlich nur eine Übergangslösung auf dem Posten des 1. Sekretärs der KPdSU in der Nachfolge von Nikita Chrusčëv sein. Auf einen schwachen Mann konnte sich das Politbüro einigen, auf einen starken nicht. Brežnevs Führungsqualitäten waren augenscheinlich gering. (Vgl. D. Murarka, Michael Gorbacëv, Die Grenze der Macht, Bergisch Gladbach 1987, S. 78ff.) Dennoch blieb er bis zur „biologischen Lösung“ Generalsekretär, nicht trotz, sondern wegen seiner Mittelmäßigkeit. Zum Zeitpunkt seines Machtantritts war die sowjetische Nomenklatura zu stark und eingespielt genug, als daß sie an einem starken Generalsekretär interessiert sein konnte. Ihre Spielräume würden in dem Fall nur kleiner. In der streng hierarchischen Struktur des Apparates ließ die Mittelmäßigkeit an der Spitze intellektuelle Originalität, Quer- oder Vordenkertum noch weniger als schon zuvor in Spitzenpositionen vorrücken. Für den Aufstieg innerhalb der Nomenklatura bedeutete Kenntnis der internen Rituale mehr als Kommunikationsfähigkeit gegenüber kritischem Widerspruch. Der Machtantritt Honeckers ist mit dem Brežnevs sicher nur bedingt vergleichbar. Honecker brachte anfangs durchaus innovativen Schwung in den Apparat (lt. G. Schabowski, ehemaliges Politbüro-Mitglied in einem Gespräch mit dem Autor am 2.5.91, Tonbandprotokoll), in dessen Gefolge intellektuell begabte und kommunikative Funktionäre mehr Bewegungsräume erhielten. Aber dieser Schwung verlor sich rasch, wurde vom Apparat absorbiert, und damit verloren sich durchaus vorhandene Ausätze von Kommunikationsfähigkeit gegenüber einer kritischen Öffentlichkeit oder versickerten in wenig exponierte Stellen.
- 6 Auch Welt 3 war Ausdruck der Wirklichkeit, wenn auch in der eigentümlichen Sprache des offiziellen Zeitungsjargon. Realitätsfern bedeutete nicht völlige Problemabstüenz. Nur, der Problemgehalt war kodiert in phrasenhaften Wendungen, in dem Komparativ des „Mehr“, „Noch besser“ und „Weiter“. Die Botschaften der Welt 3 glichen verschlüsselten politischen Texten, deren Untertext („zwischen den Zeilen lesen“) für Insider durchaus zuverlässige Anzeigen realer Probleme enthielt. Für die Mehrheit der Leser/Hörer/Zuschauer bildeten sie Stichwortgeber für gelegentliche Demonstrationen systemkonformen Verhaltens, kaum aber Einblick in wirkliche Entwicklungen.

- 7 Das verdient unterstrichen zu werden. Die These vom Mediensuggestat sozialer Bewegungen könnte zu der Unterstellung einladen, die Aktivist:innen, die eigentlichen Auslöser der Wände, würden in ihrer tatsächlichen Bedeutung abgewertet. Ohne deren Mut, diese Spielregeln - tausche kleine Freiheiten der Kritik im öffentlichen Dunkel gegen den Verzicht auf systemkritische Öffentlichkeit - zu kündigen, die Grenze zu überschreiten, anzusteigen mit allen unwägbar:en Risiken, wären selbstverständlich noch so gut gerüstete Medienmaschinerien ihrer Generatorrolle nicht gerecht geworden.
- 8 Das Konzept „konfrontierter Sozialismus“ wurde von der Leipziger Erkenntnistheorie (Dieter Witich) gegen das offizielle von der „entwickelten sozialistischen Gesellschaft“ gestellt. Es sollte dazu ermuntern, die Systemauseinandersetzung als Determinante des „realen Sozialismus“ systematischer zugunsten wesentlich problemorientierter Darstellung zu berücksichtigen. Das Konzept stützte sich auf den Realismus der Außenpolitik der SED (das Atomzeitalter zwingt zur Systemkooperation, die Frage „Wer-Wen?“ wird zweitrangig gegenüber dem gemeinsamen Interesse der Menschheit am Überleben) und versuchte, dessen innenpolitische und gesellschaftstheoretische Konsequenzen einzuklagen. Auch in der Journalistik dominierte die Theorie vom sozialistischen Journalismus an sich statt eines sozialistischen Journalismus in der Systemkonkurrenz. Das Festhalten daran war mittlerweile aber nicht primär mangelnder Einsicht, sondern politischen Interessenlagen geschuldet. Ansonsten hätte sich der Zustand der „Welt 3“ nicht einmal mehr pseudo-theoretisch legitimieren lassen.
- 9 Vgl. dazu W. Schulz, Massenmedien und Realität. Die „ptolemäische“ und die „kopernikanische“ Auffassung, in: Massenkommunikation. Theorien, Methoden und Befunde. Kölner Zeitschrift f. Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 1989; Medien und Kommunikation. Konstruktionen von Wirklichkeit, Funkkolleg des Hessischen Rundfunks, Begleithefte 1990/91; A. Toffler, Machtbeben. Wissen, Wohlstand und Macht im 21. Jahrhundert, Düsseldorf/Wien/New York 1990, S. 418ff.; J. Meyrowitz, Die Fernsehgesellschaft. Wirklichkeit und Identität im Medienzeitalter, Weinheim/Basel 1987.
- 10 Vgl. R. K. Merton, Die Eigendynamik gesellschaftlicher Voraussagen, in: E. Topitsch (Hrsg.), Logik der Sozialwissenschaften, Köln 1966, S. 144ff.
- 11 Wer die Inszenierungs- und Multiplikationsleistungen der modernen Medien anerkennt, muß nicht notwendig mit dem radikalen Konstruktivismus in der Kommunikationswissenschaft mitgehen, der Wirklichkeit als das pure Ergebnis von Kommunikation bestimmt. Sein wäre dann, um Berkeley zu variieren, nicht wahrgenommen, sondern kommuniziert zu werden. Klassische Argumente gegen die radikale Identifikation von Subjekt und Objekt werden auch vom radikalen Konstruktivismus nicht außer Kraft gesetzt: Ist der andere neben mir ein Wesen eigener stofflicher, physischer und psychischer Existenz oder nur mein Konstrukt? Ist die Erde vor der Existenz der Menschheit nur das Konstrukt naturwissenschaftlicher Forschung? Kein Vorläufer des radikalen Konstruktivismus - Berkeley, Johannes Müller, Richard Avenarius und andere - vermochte die Radikalität des eigenen Ansatzes beschadigungslos durchzuhalten. Daß solche Ansätze stets eine interessante Provokation für das Denken darstellten, steht auf einem anderen Blatt.
- 12 Der schwache Protest gegen den Golfkrieg, nachdem sich die Welt vorher darin einig schien, daß im Nuklearzeitalter Kriege kein Mittel der Politik (zumindest der Großmächte) mehr sein können, spricht dafür. Aber das wäre nicht die einzige Erklärung des ausgebliebenen Protestes. Dafür spricht das Ende der Sowjetunion als Großmacht, deren Gegenschlagskapazität im Kernwaffenkrieg ja ein wesentliches Argument vom Ende der Kriege als Mittel der Politik bedeutete. Dazu kommt die Relativierung des Krieges vor dem Hintergrund der neuen sozialen Probleme in Ostdeutschland sowie die offensichtliche „Öffentlichkeitsarbeit“, die vom amerikanischen Militär diesmal, anders als im Vietnamkrieg, als integrierter Bestandteil des Krieges systematisch und vorausschauend betrieben wurde.